

Sozial-Info
Haushaltsberatungen 2008

Haushaltsberatungen 2008

Liebe Leserin, lieber Leser!

Am 7. November hat der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landtags die Anträge der Fraktionen zum Haushaltsentwurf 2008 beraten. Änderungsanträge vorgelegt hatten dabei nur die GRÜNEN. Weder die Regierungsfractionen CDU/FDP noch die SPD haben eigene Haushaltsanträge eingereicht. Wie schon zu erwarten, haben CDU und FDP alle Haushaltsanträge abgelehnt. Die SPD hat sich bei allen Abstimmungen über die Haushaltsanträge enthalten.

Unsere Haushaltsanträge sehen u.a. Folgendes vor:

1. Arbeitsmarktförderung:

Im Bereich der **Arbeitsmarktpolitik** haben wir beantragt für die Weiterführung der Förderung der **Arbeitslosenzentren** und **-beratungsstellen** 3.716.500 Euro aus den Mitteln des EU-Sozialfonds bereitzustellen. Sozialminister Laumann hatte angekündigt die Förderung der Zentren einzustellen. Dabei sind die Arbeitslosenzentren und -beratungsstellen in NRW ein wichtiger Baustein einer zielgruppenorientierten Landesarbeitsmarktpolitik. Beide Einrichtungsformen haben einen wichtigen Stellenwert für die Beratung und Unterstützung derjenigen, die durch Arbeitslosigkeit in vielfältiger Weise mit persönlichen Problemen und oftmals existentiellen Lebensfragen konfrontiert sind und nach Wegen aus dieser Situation suchen.

Zudem sollen die Förderung der **Chancengleichheit von Frauen und Männern** sowie unterstützte **Angebote für Berufsrückkehrerinnen und -Rückkehrer** mit 11 Mio. Euro gefördert werden. Maßnahmen zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und zur Reduzierung geschlechtsspezifischer Unterschiede bei "Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Entgelt" sind als Leitlinie des Landes ausgegeben worden. Dieses muss sich allerdings auch in einem eigenen Programm mit definiertem Mindestbudget niederschlagen. Die Prinzipien des Gendermainstreaming müssen sich darüber hinaus auch in allen anderen Programmen niederschlagen.

In einem weiteren arbeitsmarktpolitischen Antrag haben wir gefordert, dass das Programm "**Partnerschaftliche Ausbildung**" mit bis zu 400 Ausbildungsplätzen für am Ende des Jahres noch unversorgte Jugendliche weitergeführt wird. Damit soll verhindert werden, dass unversorgte Jugendliche in schulische Warteschleifen abgedrängt werden.

2. Soziales:

Für die Stärkung der **ehrenamtlichen Betreuung** nach dem Bereuungsrecht haben wir 700.000 Euro zusätzlich gefordert. Bisher war das Justizministerium hierfür zuständig. Ab 2008 wird nun das Sozialministerium hierfür verantwortlich sein. Bei diesem Wechsel hat die Landesregierung die Fördersumme für diesen Bereich mal eben fast halbiert.

Insgesamt 5,6 Mio. Euro sollen in die Verbesserung der **Pflege-** und **Unterstützungsangebote** fließen. Davon haben wir 1,1 Mio. Euro zusätzlich für die **Altenpflegeausbildung** gefordert. Hiermit sollen die Kürzungen, die die Landesregierung bei den Ausbildungsstätten vorgenommen hat, rückgängig gemacht und auch Kapazitäten für zusätzliche Plätze geschaffen werden. Aufgrund der unzureichenden finanziellen Ausstattung der Fachseminare sehen wir sonst die Begleitung der praktischen Altenpflegeausbildung als gefährdet an.

Für die **Regionalstellen** zur Beratung für Projekte im Bereich der **Neuen Wohnformen im Alter** und die Förderung von **gemeinschaftlichen Wohnprojekten** pflegebedürftiger Menschen wollen wir zusätzliche Mittel bereitstellen. Gefördert werden sollen auch **Quartierskonzepte** mit denen u.a. kleinräumig organisierte Hilfen im Wohnquartier unterstützt werden sollen (1.150.000 Euro). Damit soll das selbstbestimmte Wohnen, das gleichzeitig eine **gesicherten Pflege und Unterstützung im vertrauten Wohnquartier** bietet, unterstützt werden.

Für den Ausbau **haushaltsnaher Dienstleistungen** für hilfe- und pflegebedürftige Menschen wollen wir 1.350.000 Euro im Haushalt bereitstellen. Angesichts der steigenden Anzahl von Haushalten mit älteren Menschen, die auf eine Infrastruktur von haushaltsnahen Dienstleistungen zur Absicherung des selbständigen Wohnens angewiesen sind, soll eine landesweite Struktur von Dienstleistungspools aufgebaut werden, die dazu beiträgt, dass ortsnah ein bedarfsgerechtes und für die Haus-

halte erschwingliches Dienstleistungsangebot entsteht.

Schließlich wollen wir die Mittel, die für Projekte zur **Verbesserung der Lebenssituation demenzkranker Menschen** und der sie pflegenden Angehörigen vorgesehen sind um 2 Mio. Euro auf insgesamt 3 Mio. Euro aufstocken. Dies ist notwendig, um den steigenden Bedarf an niedrigschwelligen Unterstützungsangeboten abdecken zu können.

3. Gesundheit:

Im Bereich der **Krankenhausfinanzierung** wollen wir einen sog. Feuerwehrtopf einrichten, aus dem kurzfristig notwendige investive Maßnahmen in den Krankenhäusern getätigt werden können. Diese Mittel sind notwendig, damit Krankenhäuser z.B. bauliche Anpassungsmaßnahmen aufgrund von gesetzlichen Vorgaben vornehmen können ohne deren Durchführung der Betrieb gefährdet würde. Mit der Umstellung der Krankenhausförderung auf die Baupauschale und dem Aussetzen einer Investitionsförderung für alle neu bewilligten Anträge im vergangenen und im laufenden Jahr seitens der Landesregierung können eine Reihe von Krankenhäuser nicht einmal die notwendigsten Baumaßnahmen tätigen. Die GRÜNEN haben hierfür beantragt, 15 Mio. für 2008 und 30 Mio. Euro als Verpflichtungsermächtigungen für die folgenden Jahre bereitzustellen.

Für die **Drogen-** und **Suchthilfe** sollen nach dem Willen der GRÜNEN 2,1 Mio. Euro zusätzlich bereitgestellt werden. Hiermit sollen ins-

besondere die niedrigschwelligen Beratungs- und Unterstützungsangebote wieder gestärkt weitergeführt werden. Ausgebaut werden soll die **zielgruppenspezifische** und **frauenspezifische Beratung**. Die GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass auch die Landesverbände der Selbsthilfe im Bereich Sucht wieder eine finanzielle Unterstützung erhalten. Die schwarz-gelbe Landesregierung hatte der Selbsthilfe die Landesförderung gestrichen. In den vergangenen Jahren hatte die Landesregierung die Gelder für die Drogenarbeit insgesamt um 28% gekürzt. Dies hatte vielerorts dazu geführt, dass viele Hilfe- und Beratungsangebote eingeschränkt oder ganz gestrichen werden mussten.

300.000 Euro zusätzlich für die **AIDS-Hilfe** sollen zur Stärkung der **zielgruppenspezifischen Beratungsarbeit** und Hilfe eingesetzt werden. Vor dem Hintergrund steigender Zahlen bei den HIV-Neuinfektionen halten wir dies für notwendig. Die bisherige Präventionsarbeit der AIDS-Hilfe hat dazu beigetragen, dass die Zahl der HIV-Neuinfektionen nicht noch höher und die nordrhein-westfälische AIDS-Prävention in der Bundesrepublik beispielgebend ist.

Für die **Gesundheitshilfe** haben die GRÜNEN 505.000 Euro zusätzlich beantragt. Die Mittel sollen der Unterstützung der **Krebsberatungsstellen** und dem Aufbau niedrigschwelligen Informations- und Kommunikationsmöglichkeit für Ratsuchende und BeraterInnen dienen. Ebenso wollen die GRÜNEN mit den Mitteln wieder eine Landeskoordinationsstelle **"Frauen und Gesundheit NRW"** errichten, damit die sehr erfolgreiche Arbeit zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung von

Frauen wieder aufgenommen und weitergeführt werden kann.

Psychiatrie: Die Förderung von **ambulanten Versorgungsstrukturen** soll ausgebaut werden. Hierfür haben die GRÜNEN 300.000 Euro beantragt. Die Mittel sollen u.a. in die Weiterentwicklung der Krisennotdienste und in beispielhafte Projekte zur Verbesserung der ortsnahen Hilfen für Kinder- und Jugendliche mit psychischen Erkrankungen fließen.

Maßregelvollzug: Hier sind zusätzliche Mittel für die Arbeit in den forensischen Kliniken notwendig. 3 Mio. haben die GRÜNEN dafür beantragt. Die zusätzlichen Haushaltsmittel sind notwendig, um die Tarif- und Kostensteigerungen bei Lebensmittel und Energie zumindest zum Teil auffangen zu können, ohne dass dies zu Lasten der Versorgung der Patienten und Patientinnen geht. Zudem soll die Nachsorge von Forensikpatienten und -patientinnen gestärkt werden.

Weitere Informationen:

Barbara Steffens MdL, Arbeitsmarkt-, Gesundheits- und Sozialpolitische Sprecherin,
0211/884-2963,

barbara.steffens@landtag.nrw.de,

<http://www.barbara-steffens.de>

Maria Klein-Schmeink, wiss. Mitarbeiterin,
0211/884-2591, (Arbeitsmarkt)

maria.klein-schmeink@landtag.nrw.de

Harald Wölter, wiss. Mitarbeiter, 0211/884-2878, (Soziales und Gesundheit)

harald.woelter@landtag.nrw.de